presse

Bildungsausgaben auf Rekordhoch – weitere Kraftanstrengungen notwendig

***Ernst Dieter Rossmann**, Sprecher der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung:*

Das Statistische Bundesamt hat heute den Bildungsfinanzbericht 2015 vorgelegt. Neben einer positiven Gesamtentwicklung bei den Investitionen in Bildung gibt es jedoch auch negative Befunde wie die weiterhin schlechte Bezahlung von Personal in Kindertagesstätten. Wir fordern eine „Nationale Bildungsallianz", um unser Bildungssystem zu stärken und eine neue Dynamik zu entfachen.

„Für das Jahr 2015 haben Bund, Länder und Gemeinden Bildungsausgaben in einer Gesamthöhe von 123,7 Milliarden Euro veranschlagt. Im Jahr 2012 beliefen sich diese Ausgaben noch auf 112,1 Milliarden Euro. Die Länder trugen mit Ausgaben von über 80 Milliarden Euro in 2012 weiterhin den Löwenanteil der Ausgaben für Bildung in Deutschland. Gegenüber dem Jahr 2000 sind die Bildungsausgaben der Länder um über 20 Milliarden Euro gestiegen.

Der Bericht hält jedoch auch kritische Befunde fest. So sind etwa die Bruttogehälter in öffentlichen Kindertagesstätten niedriger als in allen anderen Bildungsbereichen. Wir kritisieren dies, denn gerade in der frühen Förderung werden die Grundlagen für erfolgreiche Bildungsbiographien geschaffen.

Angesichts dieser und weiterer Herausforderungen in der Bildungsförderung wie der notwendigen Unterstützung von Geflüchteten und Asylsuchenden über die nachhaltige Bekämpfung des Analphabetismus bis zur Stärkung der Weiterbildung sind weitere, gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen geboten.

Mit der Nationalen Bildungsallianz haben wir einen konkreten Maßnahmenkatalog vorgelegt, um unser Bildungssystem nachhaltig zu stärken.

IMPRESSUM
HERAUSGEBER CHRISTINE LAMBRECHT, MDB **REDAKTION** ALBRECHT VON WANGENHEIM
TELEFON (030) 227-522 82 / (030) 227-511 18
E-MAIL PRESSE@SPDFRAKTION.DE

TEXT KANN IM INTERNET UNTER **WWW.SPDFRAKTION.DE** ABGERUFEN WERDEN.

SPD BUNDESTAGSFRAKTION

Wir setzen darauf, dass es uns gemeinsam mit unserem Koalitionspartner gelingen wird, zügig zu guten Beschlüssen zur verstärkten Bildungsförderung zu kommen. Dabei ist es unvernünftig und nicht vermittelbar, auf eine strikte Trennung der Aktivitäten von Bund, Ländern und Kommunen zu beharren. Die Abschaffung des Kooperationsverbots in der Bildung ist für uns ein Gebot politischer Vernunft.“